Deutscher Bundestag 4. Wahlperiode

Drucksache IV/1264

Bundesrepublik Deutschland Der Bundeskanzler

Bonn, den 14. Mai 1963

8 -- 65304 -- 5516/63

An den Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737) in der zur Zeit geltenden Fassung die von der Bundesregierung beschlossene

Sechzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962

(Zollaussetzung — Tomaten und Jungfernöl)

nebst Anlage und Begründung mit der Bitte, die Zustimmung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Die Verordnung ist gleichzeitig dem Herrn Präsidenten des Bundesrates übersandt worden.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers **Ludwig Erhard**

Sechzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962 (Zollaussetzung — Tomaten und Jungfernöl)

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 4. September 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 605), verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages,

auf Grund des § 77 Abs. 3 Nr. 1 Buchstaben b und c des Zollgesetzes verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Der Deutsche Zolltarif 1962 (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1683) in der zur Zeit geltenden Fassung wird nach Maßgabe der Anlage geändert.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Uberleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am fünften Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Anlage (zu § 1)

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	Binnen-	Außen-	Griechen- land-	N	achrichtlich. Bisherige r	1
		Zollsatz		Binnen-	Außen- Zollsatz	Griechen- land-	
		⁰ / ₀ des Wertes			% des Wertes		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	In der Tarifnr. 07.01 (Gemüse und Küchenkräuter, frisch oder gekühlt) wird folgende Anmerkung angefügt:						
	3. Tomaten (Abs. M-I), vom 1. Januar 1963 bis 15. April 1963		5		3	6,8 min- destens 3,5 % + 2,40 DM für 100 kg Eigen- gewicht	_
2	Die Tarifnr. 15.07 (Fette pflanzliche Ole usw.) wird wie folgt geändert: a) Das Wort "Anmerkung" wird ersetzt durch: "Anmerkungen". b) Die bisherige Anmerkung (Palmöl usw.) wird Anmerkung 1. c) Folgende neue Anmerkung wird angefügt: 2. Jungfernöl (aus Abs. B-II-a-1 oder des Abs. B-II-a-2-a), vom 20. März 1963 bis 30. April 1963		5,5		4,5	10,9	

^{*)} Die Angaben in den Spalten 6, 7 und 8 haben nur unterrichtende Bedeutung. Sie sind nicht Gegenstand der Beschlußfassung und werden nicht mit der Verordnung verkündet.

Begründung

(zur Anlage zu § 1)

Zu Nr. 1

- (1) Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat gemäß Artikel 25 Abs. 3 des EWG-Vertrages die Bundesrepublik ermächtigt, den für Tomaten der Tarifnr. 07.01 anwendbaren Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs der EWG (11 % des Wertes, mindestens für 100 kg 2 Rechnungseinheiten [= 8,— DM]) für die Zeit vom 1. Januar bis 15. April 1963 bis auf 5 % des Wertes auszusetzen.
- (2) Tomaten, die in dem genannten Zeitabschnitt eingeführt werden, gehören zu Tarifnr. 07.01 M I des Deutschen Zolltarifs 1962. Bei der Angleichung des deutschen Ausgangs-Zollsatzes (= $5\,$ % des Wertes) an den zeitweilig maßgebenden Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs der EWG (= $5\,$ % des Wertes) ergibt sich für die betroffene Ware für die Zeit vom 1. Januar bis 15. April 1963 ein Außen-Zollsatz von $5\,$ % des Wertes.

Zu Nr. 2

(1) Der Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat mit Entscheidung vom 26. Fe-

- bruar 1963 in Verbindung mit Entscheidung vom 8. März 1963 gemäß Artikel 28 des EWG-Vertrages die Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs der EWG für bestimmte Nahrungsmittel bis zum 30. April 1963 teilweise ausgesetzt.
- (2) Die Kommission der EWG hat mit Entscheidung vom 5. März 1963 die Bundesrepublik für eine Reihe von Waren von der Durchführung der auf Grund der o. a. Entscheidungen des Ministerrats zu treffenden nationalen zolltariflichen Maßnahmen befreit. Danach bleibt für die Bundesrepublik nur noch die Verpflichtung, ihre Zollsätze für Jungfernöl von Oliven, der Tarifnr. 15.07 B II a 1 und B II a 2 a, an den für die Zeit bis zum 30. April 1963 auf 2^{-0} 0 des Wertes festgesetzten Zollsatz im Gemeinsamen Zolltarif (nach Artikel 23 des EWG-Vertrages) anzupassen.
- (3) Bei der Verminderung des Unterschiedes zwischen dem deutschen Ausgangs-Zollsatz (= $7\,^{0}/_{0}$ des Wertes) und dem derzeitigen Zollsatz im Gemeinsamen Zolltarif der EWG (= $2\,^{0}/_{0}$ des Wertes) um 30 v. H. ergibt sich (bis zum 30. April 1963) ein Außen-Zollsatz von $5.5\,^{0}/_{0}$ des Wertes.